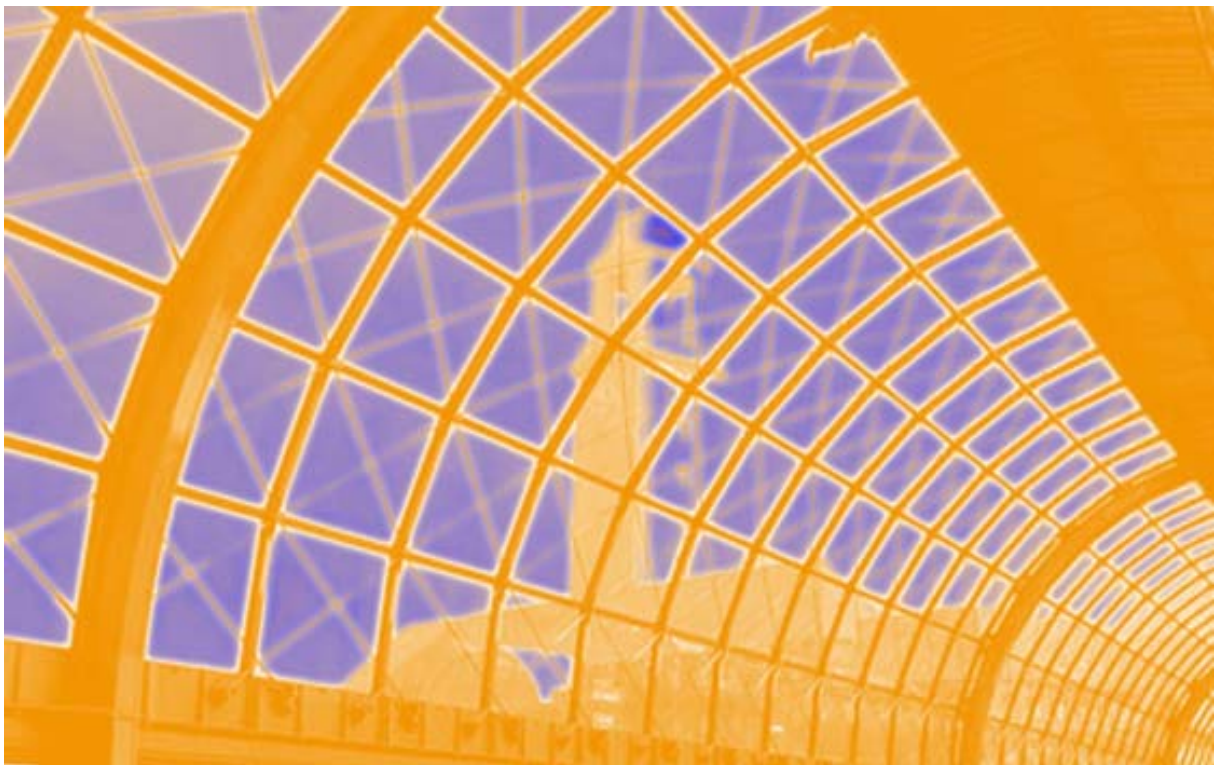


Eine Übersicht zu Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen in Spandau



zusammengestellt vom Initiativkreis Kinder- und Jugendbeteiligung in Spandau

Stand: 12.11.2014



Inhaltsverzeichnis

1. Was bedeutet nochmal „Kinder- und Jugendbeteiligung“?	2
2. Zur Geschichte von Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen in Spandau	3
3. Der Initiativkreis Kinder- und Jugendbeteiligung in Spandau.....	5
4. Welche Beteiligungsstrukturen sind dem Bezirk Spandau rechtlich vorgeschrieben?	7
5. Ablauf und Ergebnisse der Fachtagung zu Kinder- und Jugendbeteiligung „Spandau quo vadis?“ (2012).....	8
6. Durchführung und Ergebnisse der Umfrage zu Kinder- und Jugendbeteiligung in Spandau (2014).....	10
7. Zehn Thesen zu Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen in Spandau	11

1. Was bedeutet nochmal „Kinder- und Jugendbeteiligung“?

Hinter „Beteiligung“ (auch „Partizipation“ genannt) steckt die Idee, dass Menschen an Entscheidungen teilhaben, die sie betreffen. Die historischen Wurzeln der Beteiligung reichen zurück bis zu den Anfängen der Demokratie und bilden deren Grundlage. Wenn heute von Kinder- und Jugendbeteiligung die Rede ist, denkt man oft an Modelle und Projekte, die extra von Erwachsenen für Kinder eingerichtet wurden. Doch ein umfassendes Verständnis von Beteiligung muss auch ihr Recht zur Teilhabe an alltäglichen familiären, schulischen, arbeitsweltlichen, sozialräumlichen und gesellschaftlichen bis hin zu politischen Entscheidungen und Prozessen umfassen. Kinder und Jugendliche müssen dafür als Verhandlungspartner*innen ernst genommen werden, die Beteiligungsmethoden dem Entwicklungsstand entsprechen. Ggf. müssen Prozesse in kindgerechter Sprache erklärt werden. Jörg Maywald (Geschäftsführer der Deutschen Liga für das Kind und Sprecher der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland) betont, dass das Entscheidende dieses Aushandlungsprozesses der zwischenmenschlich faire Austausch sei, bei dem herausgefiltert werde, welche Interessen Geltung verdienen und welchen Anteil an Verantwortung jeder zu tragen hat.

In diesem Text beziehen wir uns vorwiegend auf die „strukturelle Beteiligung“, d.h. nachhaltige Methoden und Formen zur Sicherstellung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen und Prozessen im Sozialraum und in der Politik.

2. Zur Geschichte von Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen in Spandau

Im Jahr 1995 wird ein erster Versuch von Abgeordneten aus der BVV unternommen, ein Jugendparlament in Spandau einzurichten. Die Beantragung scheiterte weil die Abgeordneten sich nicht einigen konnten, wieviel Gestaltungsrecht dem Jugendparlament eingeräumt werden soll. Ein erneuter BVV-Antrag im Jahr 2001 unter dem Namen „Politik lernen: Endlich ein Jugendparlament für Spandau“ (Drucksache Nr. 857) wird, bis zur Verabschiedung 5 Jahre später, immer wieder hervorgeholt. Das Bezirksamt Spandau wird 2002, unter Mitwirkung des Jugendhilfeausschusses, von der BVV beauftragt, ein Jugendbeteiligungsmodell für Spandau zu entwickeln (Beschluss Nr. 442 zur Drucksache Nr. 768).

Parallel zu diesem Versuch der Erwachsenen setzt sich 2001 eine kleine Gruppe engagierter Jugendlicher für einen Jugendrat in Spandau ein. Anfänglich bestehen die Aktivitäten der Gruppe hauptsächlich in der Organisation von SV-Seminaren. Unterstützung erhalten die Jugendlichen von jetztWIR-Jugend.Macht.Politik, dem Bezirksschüler*innenausschuss Spandau, dem Aktionsforum Spandau und der Servicestelle Jugendbeteiligung. 2003 gründen diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen den Verein „Jugendbüro Spandau e.V.“. Mit EU-Mitteln schaffen sie eine Bürostruktur in der Schönwalder Str. 23. Ein Kernteam von sieben ehrenamtlichen Jugendlichen im Alter von 16 bis 22 Jahren formiert sich.

Im Jahr 2003 machen Presseberichte auf Planungen für ein Jugendparlament in Spandau aufmerksam. In der ursprünglichen Konzeption soll das Jugendparlament stimmberechtigte Mitglieder im JHA, sowie Rede- und Antragsrecht in der BVV haben. Auf Anregung des Jugendbüros Spandau wird eine AG Kinder- und Jugendbeteiligung ins Leben gerufen, paritätisch besetzt aus Jugendlichen, Lokalpolitiker*innen, freien Trägern und Verwaltung. Diese AG legt im November 2003 eine zehneitige „Spandauer Konzeption zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am kommunalpolitischen Geschehen“ vor. Sie wird vom Jugendhilfeausschuss ohne Gegenstimmen gebilligt. Darin wird das Jugendbüro Spandau zur Geschäftsstelle des angedachten Jugendparlaments erhoben. Ein Beirat soll die Schnittstelle zwischen Jugendparlament und BVV bilden. Ende 2003 fordern zwei Parteien in der BVV eine Überarbeitung der Konzeption. Die Frage, wie viele Kompetenzen den Jugendlichen zugebilligt werden soll (ob sie z.B. Stellungnahmen zu allen BVV-Themen abgeben dürfen oder nicht) wird unter den Abgeordneten kontrovers diskutiert.

Das Jugendbüro Spandau bietet in 2004 Beratung und SV-Coaching an, beteiligt sich am YouthBank-Programm (ehrenamtliche Koordination der finanziellen Unterstützung für Mikroprojekte von Jugendlichen) und nimmt am Berliner jugendFORUM im Abgeordnetenhaus teil. Es startet eine Öffentlichkeitskampagne für Jugendbeteiligung und die Website www.jugendbuero-spandau.de geht online (inzwischen eingestellt). Das Jugendbüro Spandau organisiert vom 23. – 25.4.2004 die Erste Spandauer Jugendkonferenz im Kulturzentrum FORUM mit dem damaligen Bezirksbürgermeister als Schirmherr. An diesem Wochenende partizipieren ca. 100 Spandauer Jugendliche an selbst geleiteten Workshops zu Fotografie, Theater, Medien, Europa, Schülervertretung usw. Am Abend wird gefeiert. Das Jugendbüro Spandau erhält in September 2004 neue Räume im Jugendamt selber (Klosterstr. 36).

Nach dem Erfolg der Ersten Spandauer Jugendkonferenz, versucht das Jugendbüro Spandau diese zu einer jährlichen Veranstaltung werden zu lassen. Ihr Vorhaben scheitert aus finanziellen Gründen. Das Jugendamt Spandau schreibt zwar Empfehlungen an Stiftungen, trägt aber selber nicht zur Finanzierung bei. In 2005 und 2006 wächst eine neue Generation Jugendlicher heran, die das Jugendbüro Spandau aktiv weiterführen. Sie arbeiten weiter an der Spandauer Konzeption und berufen eine AG Jugendparlament ein, um dem BVV-Beschluss „Politik lernen: Endlich ein Jugendparlament für Spandau“ von 2001 voranzubringen.

Die modifizierte Spandauer Konzeption wird am 28. April 2006 von der BVV verabschiedet. Wesentliche Inhalte des ca. 20-seitigen Konzeptes sind:

- Zielsetzung der Kinder- und Jugendbeteiligung
- Arbeitsbereiche des Jugendbüro Spandau
- Durchführung von Jugendkonferenzen
- Aufbau des Jugendparlamentes
- Beteiligung junger Menschen an kommunalen Planungsprozessen
- Finanzbedarf für das Jugendbeteiligungsmodell

Inzwischen unterstützt das Jugendamt das Jugendbüro Spandau bei der Umsetzung des BVV-Beschlusses „Politik lernen: Endlich ein Jugendparlament für Spandau“. Das Jugendamt übernimmt vereinzelt Aufgaben und stellt für 2007 13.000 Euro für Honorar- und Sachmitteln zur Verfügung. Die Webseite www.jupa-spandau.de geht online (inzwischen eingestellt). Die Wahlen zum Jugendparlament Spandau im Sommer 2007 scheitern jedoch. Vertreter*innen des Jugendbüros Spandau führen hierfür folgende Gründe an:

- Das Jugendparlament scheint aufgrund fehlender Antrags- und Rederechte in der BVV kein attraktives Projekt zu sein.
- Es wurden zu wenige Multiplikator*innen an den Schulen ausfindig gemacht. Die Schüler*innen zeigten wenig Begeisterung für das Vorhaben.
- Da das Jugendbüro Spandau unterbesetzt ist, waren umfassende Werbeaktionen an allen Spandauer Oberschulen nicht durchführbar.
- Folglich hatten sich spandauweit nur vier Jugendliche zur Wahl aufgestellt.

Die Aktivitäten des YouthBank Spandau werden Ende 2007 eingestellt. Insgesamt wurden von 2004 bis 2007 35 Mikroprojekte gefördert. In 2008 stellt das Jugendbüro Spandau seine Aktivitäten komplett ein, der Verein ruht seither. Die aktive Gruppe hatte sich nach den gescheiterten Wahlen drastisch verkleinert.

Seit 2007 werden Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte, wie das Projekt Erlebnissräume, von erwachsenen Akteur*innen für Jugendliche organisiert. Ende 2010 formiert sich der Initiativkreis Kinder- und Jugendbeteiligung in Spandau, um eine breite Multiplikator*innen-Basis für Kinder- und Jugendbeteiligung in Spandau zu schaffen. Ein Mitglied des Bezirksschüler*innenausschusses stellt bei der Generationen BVV am 24. April 2013 einen Antrag auf Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments im Bezirk Spandau (Drucksache Nr. 0658/XIX), welches in den Ausschuss HPR unter Mitberatung des Jugendhilfeausschusses überwiesen wird. Bislang ist noch keine Stellungnahme oder Empfehlung zu diesem Antrag erfolgt.

3. Der Initiativkreis Kinder- und Jugendbeteiligung in Spandau

Ziel des Ende 2010 ins Leben gerufenen Initiativkreises (IK) ist die Schaffung einer breiten Basis für Kinder- und Jugendbeteiligung in Spandau. Vom monatlich tagenden IK sollen nachhaltige, kinder- und jugendgerechte Partizipationsprojekte und -prozesse ausgehen und begleitet werden. Die Teilnehmer*innen des IK dienen als Multiplikator*innen. Der IK sieht die Stärkung der Beteiligungsrechte als parteiübergreifende Aufgabe. Mitglieder des IKs sind beispielsweise mehrere Träger aus dem Jugend- und Bildungsbereich in Spandau, die Sozialraumkoordination des Jugendamts, mehrere Quartiersmanagements, Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sowie die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin.

Die folgenden Initiativen und Projekte gingen bisher entweder direkt vom IK oder von seinen Mitgliedern aus:

- 20. – 22.10.2010: „Wir mischen mit!“ – Zukunftswerkstatt für Jugendliche aus der Spandauer Neustadt und angrenzenden Stadtteilen
- 11.2010 – 11.2011: „Wir mischen mit!“ – Weitere Treffen von Arbeitsgruppen Jugendlicher
- 2011: LSK-Projekt „TeenKom – Blitzjobs für Jugendliche“
- 05. – 12.2011: „Spandauer Teens Online“ – LSK Online Zeitschriftenprojekt mit Jugendlichen für Jugendliche
- 05.2011 – 05.2012: FUA-Projekt „Beteiligungsbrücken“ – Ausbildungen zu Kinderrechte-Mentor*innen
- 28.05.2011: Weltspieltag „Spandau-laut-stark“
- 08. – 09.2011 U-18 Wahlen in Spandau
- 07.09.2011: Lokalpolitiker*innen treffen mit Jugendlichen im Rahmen der U18-Wahlen
- 08. – 09.2011: Beteiligungsverfahren für den Spielplatz Parkstraße
- 09.2011 – 03.2012: QM-Projekt „KiezExperten“ – Jugendliche als Tourguides in der Spandauer Neustadt
- Seit 04.2012: Beratendes Mitglied im JHA Spandau, mehrere Vorträge und Berichte (gemeinsam mit Jugendlichen)
- 26.04.2012: „Spandau quo vadis?“ – Fachtag zur Kinder- und Jugendbeteiligung
- 26.05.2012: Weltspieltag Spandau
- 08.2012 – 07.2015: PEB-Projekt mit „TeenKom – Blitzjobs für Jugendliche“
- 25.09.2012: Thema „Partizipation“ im Jugendhilfeausschuss, Gründung einer Unter-AG, die sich mit dem IK gemeinsam trifft
- Seit 10.2012: Kooperation des IK mit dem FORUM Übergangssystem Schule-Beruf
- 28.11.2012: Vortrag Jugendlicher beim Spandauer Fachtag Schuldistanz
- 4.12.2012: Tisch „Jugend“ beim Ideenworkshop Spandau Neustadt
- 01.2013 – 12.2014: AktionsraumPlus Spandau-Mitte Großprojekt „Beteiligungsbrücken“ – Mentor*innenausbildungen, Kinderrechte-Beratung; Klassenrat-Fortbildungen, SV-Fahrten u.v.m.

- 01.2013 – 12.2014: „Tage des Handwerks“ – Beteiligungsmodule: Grundschulprojekte, Schülerfirmen, Unternehmen-Filmportraits von Jugendlichen, U-Scout Matching-Seminare geleitet von Azubis
- Seit 05.2013: Jugendjury Neustadt
- 28.05.2013: Weltspieltag Spandau
- 20.08.2013 Speed-Dating mit Bundestagspolitikern
- 09.09.2013: Jugendjury Spandau 2013
- 01.04.2014 – 15.07.2014: Spandauweite Umfrage zu Kinder- und Jugendbeteiligung
- 28.05.2014: Weltspieltag Spandau (wetterbedingt verschoben auf den 20.06.2014)
- Seit 05.2014: „Wir machen mit“ – Umgestaltung des Lindenufers
- 14.06.2014: Jugendjury Spandau 2014 (Teil I)
- 28.06.2014: IdeenCamp (BarCamp)
- 09. – 12.2014: Umfrage zu den Jugendfreizeiteinrichtungen in der Spandauer Neustadt
- 19.09.2014: „Tag des Handwerks“ inkl. eines neuen Beteiligungsverfahrens für Jugendlichen
- 23.09.2014: Präsentation der Ergebnisse der Spandauweiten Umfrage im Jugendhilfeausschuss Spandau
- 27.09.2014: IdeenCamp & Jugendjury Spandau 2014 (Teil II)
- 29.11.2014: Runder Tisch mit Jugendlichen zur BVV-Beschlussempfehlung
- 01.2014 – 12.2015: „Beteiligung von Jugendlichen“ im Falkenhagener Feld

Obwohl vom IK viele Initiativen und Projekte zu Kinder- und Jugendbeteiligung ausgingen, kann der IK keine nachhaltige, langfristige Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen für den Bezirk bieten. Die Ansätze sind stets punktuell, zeitlich und finanziell begrenzt.

4. Welche Beteiligungsstrukturen sind dem Bezirk Spandau rechtlich vorgeschrieben?

Im Jahre 1999 wurden vom Berliner Senat Leitlinien für eine Kinder- und Jugendfreundliche Stadt verabschiedet in denen Beteiligungsverfahren (unverbindlich) beschrieben wurden. Zudem wurde mit dem Jugendrundsreiben 5/2005 der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport allen Berliner Bezirken empfohlen, die von der Landesarbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII „Mitbestimmung“ entwickelten Standards für Koordinierungsstellen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen umzusetzen. Diese beinhalten die Konkretisierung der gesetzlichen Grundlage des § 5 Abs. 3 des Berliner Ausführungsgesetzes zum SGB VIII, der Entwicklung und organisatorischen Sicherstellung geeigneter Formen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Jugendhilfeplanung und anderen sie betreffenden Planungen.

Vielfältige weitere rechtliche Grundlagen zur Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen befinden sich in zahlreichen Gesetzbüchern, Konventionen und Verträgen. Eine Übersicht dieser rechtlichen Vorgaben auf UN-, EU-, Bundes- und Landesebene befindet sich auf www.kompaxx.de/index.php?id=114 . Einen wesentlichen Einfluss auf die Debatte um Kinder- und Beteiligungsrechten hatte die deutsche Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention im Jahre 1992. Darin heißt es u.a.:

Artikel 12 UN-Kinderrechtskonvention [Berücksichtigung des Kindeswillens]

(1) Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.

(2) Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden.

Derzeit gibt es in Spandau lediglich vereinzelte Beteiligungsstrukturen, die stark abhängig von Personen und Einrichtungen sind. Dies belegt beispielsweise eine Studie der TU-Berlin aus 2010 ("Ein Ziel. Zwölf Pfadfinder - Strategien, Instrumente und Akteure für kinder- und jugendfreundliche Stadtplanung in den Berliner Bezirken").

5. Ablauf und Ergebnisse der Fachtagung zu Kinder- und Jugendbeteiligung „Spandau quo vadis?“ (2012)

Ziel der Organisator*innen des Fachtages, der Initiativkreis Kinder- und Jugendbeteiligung in Spandau sowie die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin (Stiftung SPI), war es, einen Impuls zu geben und Kräfte zu bündeln, um auch in Spandau nachhaltige Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse anzustoßen. Der Fachtag sollte ein Schritt zur Erschaffung und Verankerung von Beteiligungsstrukturen sein, die in vielen anderen Berliner Bezirken bereits aufgebaut wurden.

Zum Fachtag erschienen rund 100 interessierte Personen und Fachkräfte aus Kinder- und Jugendeinrichtungen, Schulen, Politik und Verwaltung aus allen Regionen Spandaus – ein mehrfaches der ursprünglich erwarteten Teilnehmer*innenzahl. So entstanden am Nachmittag drei anstatt der geplanten zwei Arbeitsgruppen. Besonders freute die Organisator*innen, dass sich auch Kinder und Jugendliche zu den Teilnehmer*innen zählten. Eine positive Resonanz gab es auf die Einladung, während der Mittagspause zu einem Präsentationsforum beizutragen, in dem Initiativen, Vereine und Einrichtungen ihre eigenen Fortschritte in Sachen Kinder- und Jugendbeteiligung ausstellten. Insgesamt konnten 21 informative Stellwände zu Klassenräten, Spielleitplanungen, Zukunftswerkstätten und vieles mehr betrachtet werden.

Am Vormittag eröffnete Bezirksbürgermeister und Schirmherr Helmut Kleebank den Fachtag. Nach einem einleitenden Kurzfilm: „Was sagt Spandau zu Beteiligung von Kindern und Jugendlichen?“ mit jugendlichen Interviewer*innen aus Spandau und einem einführenden Vortrag „Warum Partizipation? – Überblick zur Umsetzung in Berlin“ von Karin Bremer (Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin) wurden mehrere Praxisbeispiele der Kinder- und Jugendbeteiligung vorgestellt. Hierbei fanden Anregungen aus Spandau und anderen Berliner Bezirken ihren Platz. Spandau hat dabei gezeigt, dass es auch in diesem Bezirk vorbildliche Beteiligungsansätze gibt, wenn auch (noch) nicht auf einer koordinierten, bezirksstrukturellen Ebene. Hella Schleef stellte das Kinder- und Jugendforum des Kinder- und Jugendbüros Steglitz-Zehlendorf vor. Die Jugendlichen Alix Rommel, Bitu Shahmirzadi, Leyli Timmer und Jessika Mejedo, die von Thomas Juhl und Uwe Lauterkorn begleitet wurden, stellten das Kinder- und Jugendparlament Charlottenburg-Wilmersdorf vor. Jeanette Münch stellte die Stelle für politische Bildung und Beteiligung des Bezirksamts Pankow vor. Stefanie Kaluza, Laura Klatt und Anna Möhring stellten das Projekt „Schatzsuche“ der GRIPS Werke e.V. und der Christian Morgenstern Schule Spandau-Staaken in Kooperation mit dem GRIPS Theater Berlin vor.

Am Nachmittag ordneten sich sämtliche Teilnehmer*innen in eine der drei Arbeitsgruppen zu. In diesen sollten konkrete Schritte zu Beteiligungsstrukturen in den Bereichen Spandauer Politik und Verwaltung sowie in Kinder- und Jugendeinrichtungen/Schulen gemeinsam erarbeitet werden. Aufgrund der hohen Teilnehmer*innenzahl wurde letztere Arbeitsgruppe nach dem Alter der Kinder und Jugendlichen geteilt (ältere Kinder/Jugendliche ab SEK sowie jüngere Kinder in Kita und Grundschule). Sämtlichen Arbeitsgruppen waren die Leitfragen zum „Partizipationsvorbild Spandau 2020“ gemein: (1) Was ist unser Beitrag? (2) Welche Vereinbarungen treffen wir? und (3) Was braucht es, damit es weiter geht? In den Arbeitsgruppen wurden Möglichkeiten erörtert, partizipative Strukturen zu stärken und über

Netzwerke das vorhandene Fundament zu verbreitern. Die Ergebnisse der drei Arbeitsgruppen wurden nach einer Kaffeepause im Gesamtplenum vorgestellt. Die Arbeitsgruppenteilnehmer*innen stellten sich neben ihren Ergebnissen und ließen sich fotografieren. Moderator Thilo Schwarz-Schlüssler bedankte sich bei den Teilnehmenden und beendete den Fachtag mit der Anregung, unbedingt an dem Thema weiter dran zu bleiben.

Es gleicht zwar einer Unmöglichkeit, die unzähligen Ideen, die beim Fachtag zusammengetragen wurden, in wenigen Worten zusammenzufassen. Dennoch kamen immer wieder die folgenden Vorschläge auf, die heiß diskutiert wurden:

- Einen verbindlichen runden Tisch mit Jugendlichen und Erwachsenen einrichten, um die Umsetzung bestehender Gesetze und Verordnungen einzufordern
- Jugendliche unterstützen, ein Kinder- und Jugendforum in Spandau aufzubauen
- Einen ähnlichen Fachtag wie diesen für Kinder- und Jugendliche organisieren
- Als Multiplikator*innen dienen und Fortbildungen für Fachkräfte organisieren
- Verbindungsstellen zu Politik und Verwaltung aufbauen
- Eine respektvolle, wertschätzende, partizipative Haltung annehmen
- Kinder und Jugendliche aktivieren und ihnen unter Verwendung einer kindgerechten Sprache Informationen zur Verfügung stellen

Die Teilnehmenden sagten ihre Unterstützung zu, Kinder- und Jugendbeteiligung in diesem Sinne in Spandau zu unterstützen.

6. Durchführung und Ergebnisse der Umfrage zu Kinder- und Jugendbeteiligung in Spandau (2014)

Mit der Umfrage aus BVV-Sondermitteln wollte der Initiativkreis Kinder- und Jugendbeteiligung in Spandau zwischen dem 1. April und dem 15. Juli 2014 direkt von jungen Spandauer*innen bis 21 Jahren erfahren, wie sie ihre Beteiligungsmöglichkeiten erleben.

Die Umfrage wurde von jungen TeenKom-Blitzjobber*innen in Fußgängerzonen, an Bushaltestellen, in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen in allen Stadtteilen Spandaus ausgeführt – überall dort, wo sich Jugendliche aufhalten. Zusätzlich gab es die Möglichkeit, die Umfrage (passwortgeschützt) online auszufüllen. Die siebenteilige Umfrage dauerte etwa fünf Minuten. Die Ausführenden übertrafen die ursprünglich erwarteten 400 – 500 eingeholten Fragebögen bei Weitem und holten insgesamt 867 Fragebögen ein (davon 813 von jungen Blitzjobber*innen und 54 Teilnahmen an der Online-Umfrage). Aufgrund des aktuellen Bevölkerungsstandes von 28.000 Spandauer*innen im Alter von 6 bis 20 Jahren erweist sich die Umfrage als repräsentativ.

Die selektiven Fragen wurden anhand quantitativer Auswertungsmethoden und die offenen Fragen anhand qualitativer, textbasierter Auswertungsmethoden analysiert. Die Ergebnisse wurden auf www.kompaxx.de/index.php?id=166 veröffentlicht und am 23. September 2014 von Jugendlichen im Jugendhilfeausschuss Spandau präsentiert.

Als Hauptergebnis der Umfrage kann die Tatsache betrachtet werden, dass Spandauer Jugendliche ihre Beteiligungsmöglichkeiten zwar in privaten Räumen als hinreichend wahrnehmen, in öffentlichen Räumen, v.a. in der Politik, ihre Beteiligungsmöglichkeiten als unzureichend erleben. Ein nicht geringer Teil der befragten Jugendlichen wünscht sich eine aktive Beteiligung in Form von Projekten, Aktionen und Events und wäre sogar bereit, sich in der eigenen Freizeit für die Rechte und Interessen Spandauer Jugendlicher einzusetzen (nach einem Engagement gegen Aufwandsentschädigung wurde in der Umfrage nicht gefragt). Ein Teil der Jugendlichen zeigt Bereitschaft, an formellen (strukturellen) Beteiligungsformen mitzuwirken, deutlich wird jedoch, dass es keine eindeutigen Favoriten gibt und ein Weiterdenken über Beteiligungsformen gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen erfolgen sollte. Um Spandau insgesamt für Kinder und Jugendliche attraktiver zu machen, erwähnen die Jugendlichen dass gemeinschaftsfördernde Treffpunkte, Sport und Freizeitmöglichkeiten im Bezirk fehlen.

7. Zehn Thesen zu Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen in Spandau

1. Erwachsenen-Verantwortung: Seitens Politik und Verwaltung wird oft der „Mangel an motivierten und politisch interessierten Jugendlichen“ für das Scheitern langfristiger Kinder- und Jugendbeteiligungsvorhaben verantwortlich gemacht. Wir sind jedoch der Meinung, dass Beteiligungsstrukturen nicht nur von einzelnen aktiven Jugendlichen abhängig sein dürfen. Erwachsene sollten sich verantwortlich fühlen, kinder- und jugendgerechte Strukturen gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen zu entwickeln und zu pflegen. Dabei sollten sich die Strukturen den Kindern- und Jugendlichen anpassen – nicht umgekehrt.
2. Jugendgerechte Strukturen: Mehrere Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte in Spandau haben gezeigt, dass die politischen Gremienstrukturen für Kinder und Jugendliche äußerst undurchsichtig sind. Es ist daher naheliegend, dass junge Menschen sich auch nicht für diese interessieren. Jugendliche aus den Projekten haben sich eine*n „Übersetzer*in“ von Politikersprache auf Jugendsprache gewünscht. Wenn Erwachsene diese Verantwortung nicht übernehmen, ist es nicht verwunderlich, dass Jugendliche „Politikverdrossenheit“ zeigen.
3. Mitbestimmungsrechte: Die Kinder- und Jugendbeteiligungsvorhaben in Spandau sind auffallend am Maß der Entscheidungskompetenzen der Jugendlichen abgewiesen worden. Die Jugendlichen des Jugendbüros Spandau haben mehr Rechte eingefordert als BVV-Abgeordnete ihnen zugestehen wollten. Eine Beteiligungsstruktur, die keine tatsächliche Mitsprache zulässt ist jedoch keine wirkliche Beteiligungsstruktur, sondern bestenfalls ein Projekt der politischen Bildung. In mehreren Gesetzen wird jedoch die tatsächliche Mitsprache der Kinder- und Jugendlichen garantiert (siehe Kapitel 4). Spandau kommt seiner Verantwortung diesbezüglich nicht nach.
4. Haltung und Kooperation mit Jugendlichen: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen steht und fällt mit der Haltung der Erwachsenen. Es bedarf einer gemeinsamen, parteiübergreifenden Anstrengung, um strukturelle Beteiligungsstrukturen zusammen mit Jugendlichen aufzubauen. Kooperationspartner*innen in Politik, Verwaltung und Einrichtungen müssen sich für diese aussprechen. Kinder- und Jugendliche sollten von diesen als kompetente Verhandlungspartner*innen und Expert*innen in eigener Sache ernst genommen werden.
5. Finanzierte Stelle: Seitens der Erwachsenen wurde in der Vergangenheit zwar Begleitung und fachliche Unterstützung geboten, jedoch nicht in einem ausreichenden Maße. Ein Jugendamtsmitarbeiter wurde z.B. eine Zeit lang mit max. 5 – 10 % seiner RAZ-Stelle für die fachliche Unterstützung von Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen in Spandau bereitgestellt. Er bestätigte selber, dass dies trotz bestem Bemühen nicht ausreichte. Daher fordern wir die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung (ähnlich wie es in anderen Bezirken bereits seit Jahren gibt).
6. Weitere Finanzierung und Zusammenarbeit: Eine regelfinanzierte Stelle für Kinder- und Jugendbeteiligung gibt Impulse und koordiniert den Aufbau einer Gesamtbeteiligungsstruktur in Spandau. Über die Stelle können weitere

Finanzierungsmöglichkeiten (Fördertöpfe, Stiftungsgelder etc.) beantragt werden, um die praktische Arbeit in den Einrichtungen und auch die strukturelle Verankerung von Beteiligung voranzubringen. Der Aufbau dieser sollte weiterhin als gemeinsame, bereichsübergreifende Aufgabe in Zusammenarbeit von Bezirksamt, Jugendhilfeausschuss und Kinder- und Jugendeinrichtungen verstanden werden.

7. Multiplikator*innen-Vernetzung: Um einmal geschaffene Beteiligungsstrukturen für Kinder und Jugendliche bekannt zu machen und am Leben zu erhalten, ist es erforderlich ein gut funktionierendes Netzwerk unter Fachkräften, Institutionen, Politik und Eltern zu pflegen. Dies geschieht seit Ende 2010 unter anderem im Initiativkreis Kinder- und Jugendbeteiligung in Spandau oder aber auch seit 2014 im Netzwerktreffen ePartizipation. Um diese Strukturen künftig zu erhalten, zu bündeln und besser zu vernetzen, bedarf es neben dem Willen und dem Engagement jedes einzelnen einer regelhaft finanzierten Stelle.
8. Räume und Initiative: In der spandauweiten Jugendumfrage zur Kinder- und Jugendbeteiligung wurde die Forderung nach bezirkszentralen Räumen für Kinder und Jugendliche deutlich, die sie als festen Rückzugsraum, Treffpunkt und Anlaufstelle für ihre Belange nutzen können. Bei Einrichtung eines solchen Raumes in Spandau wäre die Möglichkeit für Kinder und Jugendliche gegeben, eigene Gruppen zu formieren, Initiativen und Events zu starten und selbstverwaltete Projekte ins Leben zu rufen. Mit einem bereitgestellten Raum wäre die Voraussetzung für eine aktive Gemeinschaft, die ihren Fortbestand selbst sichert, gegeben.
9. Dezentrale Projekte: Es bedarf weiterer Beteiligungsprojekte, die zwar von einer regelhaft finanzierten Stelle koordiniert, aber von den Multiplikator*innen im Bezirk durchgeführt werden. Nur so wird garantiert, dass alle Kinder und Jugendliche im Bezirk erreicht werden und zielgruppengerecht von ihrem Recht auf Beteiligung Gebrauch machen können. Zielgruppengerechtigkeit wird nur ermöglicht durch individuelle Projekte, die Alter, Schulform, Interessenslage, Herkunft, Kultur und Geschlecht mitberücksichtigen. Somit wird verhindert, dass Beteiligung ein exklusives Recht einer bestimmten Zielgruppe wird.
10. Überbezirkliche Strukturen: Um eine überbezirkliche, bundesweite oder auch internationale Weiterentwicklung von Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen zu gewährleisten, ist es wichtig, sich auch außerhalb Spandaus ein Netzwerk aufzubauen und mit guten Beispielen voneinander zu lernen. Dies bietet die Chance für Kinder und Jugendliche, sowie für Fachkräfte und Politiker*innen zum Austausch von aktuellen Anliegen und Ideen sowie zur Beteiligung am Weltgeschehen.